



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Reichsspiegel : (vom 23. bis 29. Oktober)

urn:nbn:de:gbv:46:1-908



Reichs Spiegel

(Vom 23. bis 29. Oktober)

Regierung und Reichstag

Die Ministerreden über Teuerung — Deren Einseitigkeit — Einfuhrsleine — Eine russische Auffassung darüber — Marokko, Kongo und Reichstag — Wert der Kompensation

Die Vorgänge im Reichstag während der abgelaufenen Woche haben ein großes Schlaglicht auf die Bestrebungen geworfen, die versucht werden sich bei den nächsten Wahlen durchzusetzen: Freihandel und Parlamentarismus. Der Herr Reichskanzler hat unzweideutig sowohl durch seine Rede wie durch die Norddeutsche Allgemeine Zeitung zum Ausdruck gebracht, daß er weder für das eine noch für das andere zu haben sei. Er und nach ihm zwei Ressortminister haben zum Schutz des bestehenden Wirtschaftssystems und zum Schutz der nationalen Arbeit aufgerufen. Die Ausführungen der Herren Minister über die Teuerung stützten sich auf ein sachlich einwandfreies Material und sind wohl geeignet, alle die von der Unabänderlichkeit der wirtschaftlichen Verhältnisse zu überzeugen, die die Reden im Zusammenhange lesen oder hören konnten. Aber, und das ist ihr schwerwiegender Mangel, sie können niemanden, der unter den herrschenden Zuständen irgend leidet oder sich bedrückt fühlt, bewegen, die Hoffnung fahren zu lassen, durch eine Änderung des Systems zu besseren Tagen zu gelangen. Dazu entbehrten die Reden denn doch zu sehr der Wärme und des Mitgefühls mit den Kreisen, die am meisten unter der Notlage zu leiden haben. Und weil sie dessen entbehrten, erhielten sie für die breite Öffentlichkeit den Stempel einseitiger Parteinahme für die Agrarier. Daß solche Auffassung unrichtig ist, kann die Wirkung der Reden auf die Stimmung im Lande leider nicht ändern. Infolgedessen dürfen wir zwar von einer Klärung der politischen Lage sprechen, nicht aber von einer Beruhigung. Im Gegenteil: nach dem ehrlichen, aber nicht zweckmäßigen Bekenntnis des Herrn Reichskanzlers, daß die Regierung Abhilfemittel nicht kenne, werden sich viele, die noch unschlüssig standen, an die Demokraten wenden, die behaupten, in dem Freihandel das Allheilmittel gefunden zu haben.

Das Verhalten der Reichsregierung in der Teuerungsfrage ist nur dann recht verständlich, wenn sie mit absoluter Sicherheit auf die Nachfolge der Rechtsparteien, des Zentrums, der Nationalliberalen und eines Teiles der Freisinnigen rechnet. Das scheint mir aber doch eine zu optimistische Auffassung der Lage. Selbst gesetzt den Fall, daß die nächsten Wahlen im Reichstage eine Mehrheit aus Konservativen, Zentrum und Nationalliberalen zustande kommen lassen, was durchaus nicht sicher ist, glaube ich, daß die Rechnung mit dem

Zentrum und den Liberalen nicht ganz stimmt. Die Reden des Zentrumsmannes Heim und der liberalen Abgeordneten deuten schon bei der jetzigen Zusammensetzung auf tiefere Meinungsverschiedenheiten in den Fraktionen gerade in der wichtigsten Frage über das Maß des Schutzes der nationalen Arbeit. Im neuen Reichstage aber dürften diese nach allgemeiner Auffassung noch stärker hervortreten als gegenwärtig, und die Regierung ebenso wie die Rechtsparteien werden große Konzessionen auf anderen Gebieten machen müssen, wenn sie es nicht zu ernstern innerpolitischen Konflikten und Verfassungskämpfen kommen lassen wollen. Wo die Konzessionen liegen, ist in den Grenzboten schon von Autoren der verschiedensten Parteirichtung gezeigt worden. Nur die Befreiung des Grund und Bodens aus den Händen der Spekulation im Zusammenhang mit einer gerechteren Verteilung der Steuern kann das Reich und die Einzelstaaten dauernd aus den allmählich chronisch werdenden Wirtschaftskrisen und damit die Bevölkerung aus der Unzufriedenheit mit allen Einrichtungen des Staates hinausführen. Ich kann mir denken, daß mancher Bekümmerte, der heute mit der Freihandelsparole liebäugelt, sich den Argumenten des Herrn Reichskanzlers gern fügen würde, wenn sich ihnen eine Art Wirtschafts- und Steuerprogramm auf bodenreformerischer Grundlage angefügt hätte.

Zielscheibe der heftigsten Angriffe waren bei den Steuerungsdebatten vor allem die Einfuhrscheine. Die sichtliche Ungerechtigkeit dieser Einrichtung liegt in der Tatsache, daß es möglich ist, deutsches Getreide im Auslande, besonders in Rußland, billiger zu verkaufen als in Deutschland selbst. Es scheint somit, daß die deutschen Verbraucher seitens der Landwirte um die Differenz, die das deutsche Getreide in Deutschland teurer ist als z. B. in Rußland, übervorteilt werden. Nun muß vorausgeschickt werden, daß den sichtbaren Vorteil an der Differenz nicht so sehr der Landwirt, als der Getreidehändler hat, woraus es verständlich wird, warum die liberalen Agitatoren in Ostpreußen das Wort Einfuhrscheine nicht in den Mund nehmen. Schon diese Tatsache allein sollte lehren, wie bedenklich es ist, Einzelercheinungen zu verallgemeinern. Die Gegner des Schutzzolles auf landwirtschaftliche Erzeugnisse kommen in diesem Falle nicht dazu, das Kind mit dem Bade auszuschütten, wenn sie die Abschaffung der Einfuhrscheine fordern. Denn dadurch würden sie ein System zerstören, das den Kanal darstellt, durch den die deutsche Volkswirtschaft jährlich Millionen aus Rußland zieht. Um sich diesen Nutzen recht vergegenwärtigen zu können, tut man gut, zu prüfen, was der ausländische Kontrahent über die Wirkungen des Zolltarifs und seiner Einzelbestimmungen zu sagen hat.

In Rußland hat der Kampf um den neuen Zolltarif bereits vor einem Jahre unter Führung der Moskauer Fabrikanten begonnen. Herr Timirjasew, ihr Wortführer, fordert die Erhöhung aller Zölle auf ausländische Industrieerzeugnisse, und sein Leiborgan „Industrie und Handel“ schreibt, es bestünde kein Zweifel darüber, daß für Rußland die Grundlage aller Wirtschaftspolitik im unentwegten Festhalten am Schutzollsystem ohne die geringste Abweichung zu suchen ist. Die amtliche „Handels- und Industrie-Zeitung“ meint zwar, eine derartige Politik sei ohne Schaden für das Land, das sie befolgt, nicht denkbar, zeigt aber, daß die russische Regierung durchaus nicht geneigt ist, den bestehenden Zolltarif weiter anzuerkennen. „Wenn wir, so heißt es dort, die

Zölle auf Rohmaterial und Halbfabrikate heruntersetzen, bringen wir zahlreiche deutsche Industrielle in unserm Kampf gegen die Ansprüche der deutschen Agrarier auf unsere Seite.“ Was aber unter den „Ansprüchen der deutschen Agrarier“ in Rußland verstanden wird, lehrt ein langer Aufsatz von W. B. Drosdow, der zeigt, welchen Nutzen Deutschland aus seinem Handelsvertrage mit Rußland insonderheit aus seinen Getreidezöllen und dem Einfuhrscheinsystem zieht. Das Einfuhrscheinsystem wirkt auf die Preisbildung in Sibau, Odessa, Königsberg und Antwerpen derart, daß Deutschland allein am russischen Roggen, Hafer und Weizen während der Jahre 1906 bis 1909 jährlich 51,9 Millionen Rubel oder rund 110 Millionen Mark gewonnen haben soll, die der russischen Volkswirtschaft durch eine Abänderung des Systems leicht wieder zugeführt werden könnten*). Allein diese Angaben sollten geeignet sein, die deutschen Gegner des Schutzollsystems zu recht eingehender Prüfung der freihändlerischen Vorschläge zu veranlassen. Auch sie zeigen, daß die Hauptaufgaben unserer Wirtschaftspolitik gegenwärtig nicht so sehr auf dem Gebiet der Zölle als auf dem der Steuern liegen. Nicht unsere Wirtschaftspolitik bedarf einer Änderung, aber der Modus, wie die durch sie eingehendsten Gewinne zur Verteilung kommen. Die Ausführungen des amtlichen russischen Blattes lehren uns aber auch, wie nötig wir die Einigkeit im Innern haben, wollen wir bei den kommenden Verhandlungen über den Zolltarif in Ehren bestehen.

* * *

Am Sonnabend wurde bekannt, der Herr Reichskanzler beabsichtige, dem Reichstage das Material über den Marokko- und Kongo-Vertrag mit Frankreich am 1. November zuzustellen, so daß die Abgeordneten eine volle Woche Zeit haben sich auf die Besprechung im Reichstag am 8. November vorzubereiten. Diese Haltung dem Reichstage gegenüber ist die logische Konsequenz ihrer Haltung während des ganzen Sommers, wo sie sich trotz der heftigsten und ungerechtesten Angriffe weder zu Mitteilungen noch Erwiderungen hat hinreißen lassen. Ein Teil der Nationalliberalen hat dies Verhalten als eine bewußt zur Schau getragene Mißachtung der Volksvertretung aufgefaßt und danach seine Taktik eingerichtet. Schon im Sommer wurde die Einberufung des Reichstages gefordert, um „der Regierung zu helfen, die Verantwortung vor dem Lande zu tragen“, und jetzt ist der unglückselige Antrag der nationalliberalen Fraktion beim Seniorenkonvent des Reichstages geboren worden, der noch in letzter Stunde der Entwicklung in die Speichen greifen wollte. Die Parteileitung hat ihre Kräfte überschätzt und muß sich nun gefallen lassen, daß sie von den Gegnern wenn auch ungerechterweise einer unwürdigen Verquickung von Wahlagitatorik und nationalen Fragen geziehen wird. Die „Anregung“ im Seniorenkonvent war ein Schlag ins Wasser.

In der Presse und wohl auch in der Gesellschaft beginnt eine ruhigere Auffassung von dem Marokkoabkommen einzutreten. Nicht ohne Bedeutung für den Fortgang der Beruhigung sind wohl auch die Berichte Emil Zimmermanns über das Kongogebiet. Der verdiente Kolonialpolitiker hält zwar das als Kompensationsgebiet in Aussicht genommene Land zwischen Kamerun und dem Kongofluß an sich für nicht sehr wertvoll, aber doch für eine bedeutungsvolle und zukunftreiche Erweiterung unseres Kolonialbesitzes. Was Herr Mehrmann in Heft 43

*) Westmit Jevropy, Heft 10 von 1911, S. 251 ff.

der Grenzboten andeutete, belegt Zimmermann mit konkreten Hinweisen. Er schreibt u. a.:

„Der belgische Kongo wird in wenigen Jahren eine Güterbewegung von mehreren hunderttausend Tonnen haben; große Handels- und Verkehrsmöglichkeiten sind da. Das wissen die Engländer sehr wohl, die uns durchaus vom Kongo fortdrängen wollten; das weiß jeder, der sich mit zentralafrikanischen Wirtschafts- und Verkehrsfragen befaßt. Wenn irgend eine Möglichkeit gewesen wäre, den französischen Kongo ganz zu erhalten, wir hätten die Möglichkeit ergreifen und selbst Opfer dafür bringen sollen. . . . Am Kongo haben wir leider nicht das erreicht, was wir wollten und wollen mußten. . . . Unsere öffentliche Meinung hat nicht erkannt, um was es sich handelte. Es sind Resolutionen zugunsten des Hinterlandes von Agadir gefaßt worden, wo sich keine Aussicht auf eine Kolonialpolitik mit großen Zielen geboten hätte; verächtlich schreiben heute noch deutsche Zeitungen von den wertlosen Kongosümpfen, in demselben Tone, in dem einst ein Eugen Richter von den ‚wertlosen Sümpfen und Steppen‘ in Deutsch-Ostafrika sprach. Diejenigen, die auf den Kongo heute immer noch schelten, haben kein Verständnis für große Verkehrsfragen und ihre Rolle in der Geschichte der Menschheit: auch die Verständnislosigkeit in Deutschland ist schuld an dem Ausgange der Kongo-Marokko-Affäre, der nicht ganz befriedigt. Das deutsch-französische Abkommen ist in seinen Einzelheiten noch nicht bekannt; aber was man von den Grundzügen hört, läßt die Hoffnung zu, daß wir wenigstens einen Teil des für uns Erstrebenswerten erreichen werden. Wir kommen — soviel man hört — an den Kongo und auch an den Ubanghi; vom Kongo aus können wir die Schifffahrt den Sangafluß aufwärts in die Hand nehmen und die südwestliche Ecke von Kamerun entwickeln, die bisher schwer erreichbar war, auch an der Kongoschifffahrt können wir teilnehmen. Wenn wir weiter am Ubanghi eine größere Station für drahtlose Telegraphie errichten, können wir das in Luftlinie 1600 Kilometer entfernte Bukoba oder das 1800 Kilometer entfernte Muanza erreichen; die Möglichkeit, mit allen unseren Kolonien in von England unabhängige Verbindung zu kommen, rückt in greifbare Nähe.“

G. Cl.

Bank und Geld

Der italienische Krieg und sein Einfluß — Die Chinawirren und das deutsche Kapital — Der Kurssturz in Ostianleihen — Koloniale Enttäuschungen — Preussische Schatzanweisungen in Amerika — Erneuerung des Kohlsyndikats — Der Steel Trust unter Anklage

Es sind recht schwere Sorgen, die Handel und Wandel in diesem Spätherbst bedrücken. Wohin sich auch der spärende Blick wendet, kein Hoffnungsstrahl eines besseren Tages will aufglimmen; der Horizont bleibt umbüffert, und zu allem Unheil gesellt sich Woche um Woche neues. Die Zuversicht auf eine schnelle Beendigung der italienisch-türkischen Wirren ist längst zu Grabe getragen; ein langwieriger Verlauf des Krieges und tiefgehende Störungen des Handels in der Levante scheinen heute unabwendbar. Freilich hat die größten Nachenschläge Italien selbst zu ertragen. Es unterliegt keinem Zweifel, daß der Krieg dem italienischen Wirtschaftsleben schon heute die schwersten Schädigungen zufügt. Insbesondere leidet die Baumwoll- und Seidenindustrie, die im Orient ihr hauptsächlichstes Absatzgebiet besitzt. Dazu macht sich eine unangenehm empfundene Geldknappheit geltend, die in den wirtschaftlichen Kreisen Italiens doch allmählich Bedenken darüber entstehen läßt, ob das Land finanziell gut genug gerüstet sei, um die ungeheuren Kosten des Abenteuers, die heute schon auf etwa eine Milliarde Lire geschätzt werden, ohne die größten Schwierigkeiten tragen zu können. Kurz, so

wenig anfänglich der Kriegsausbruch für den internationalen Handel zu bedeuten schien, so große Bedenken erweckt der zögernde und schleppende Verlauf des Feldzuges. Und mittlerweile ist eine noch größere Sorge dem deutschen Kapital im fernen Osten durch die Wirren in China erwachsen, die anscheinend die bestehende Verfassung und die Mandschudynastie ernstlich bedrohen. Eine lange Dauer des Aufstandes und ein politischer Umsturz kann von unabsehbaren wirtschaftlichen Folgen begleitet sein, denn es stehen nicht nur die direkten Beziehungen der Exportindustrien, sondern vor allem auch die europäischen Kapitalinvestitionen in Frage. Allerdings hat China seine sämtlichen äußeren Anleihen mit besonderen Sicherheiten, durch Verpfändung der Seezölle oder innerer Abgaben ausgestattet. An diesen chinesischen Staatsschulden ist Deutschland sehr erheblich beteiligt, wenn auch in den letzten Jahren Frankreich und Amerika mehr und mehr als Geldgeber in den Vordergrund getreten sind. Noch kurz vor Ausbruch der Unruhen hat eine große internationale Finanzgruppe, an der auch Deutschland zu einem Viertel beteiligt ist, mit der chinesischen Regierung ein Abkommen über eine Währungsanleihe von 200 Millionen Mark getroffen. Alles in allem dürfte Deutschland, dessen Interesse durch den Besitz der Schantungbahn besonders akzentuiert ist, mit nicht viel weniger als einer halben Milliarde investierten Kapitals beteiligt sein, also einem sehr erheblichen Betrage. Allerdings sind nun aber die Anleihen wie gesagt durch besondere Einnahmen gesichert und diese letzteren großenteils, wie die Seezölle, einer besonderen Verwaltung unterstellt; man wird also kaum den Zinsendienst als gefährdet betrachten können, auch wenn die Revolution sich noch weiter ausbreitet oder Erfolg haben sollte. Auch während des Boxeraufstandes sind ja die vertragsmäßigen Rimeffen pünktlich eingegangen. Gleichwohl aber haben die chinesischen Werte und zwar vornehmlich die Schantungaktien erhebliche Kursverluste erlitten. Im übrigen aber fand sich die Börse mit den Ereignissen in ziemlicher Ruhe ab; der ohnehin schon sehr eingeschränkte Geschäftsgang ist noch stiller geworden, und von einem gelegentlichen Aufklackern abgesehen, zeigt die Spekulation keine Neigung zu neuer Betätigung. Verwunderlich ist das nicht, wenn man sich die Verluste vergegenwärtigt, die in den letzten Monaten eingetreten sind und sich ohne Unterlaß wiederholen. Eine besonders schlimme Überraschung bot in den letzten Wochen die Kursentwicklung der Stavianteile, durch welche die traurige Liste der kolonialen Enttäuschungen durch eine neue Nummer bereichert wurde. Die Begleitumstände des Kursrückgangs haben eine nicht geringe Erregung hervorgerufen. Man beschuldigte die Verwaltung und die ihr nahestehenden Kreise ihre Kenntnis von der ungünstigen Gestaltung der Erzaußschlüsse zu Verkäufen ausgenutzt zu haben, ehe die Öffentlichkeit über den Stand der Dinge aufgeklärt wurde. Es wird sich schwer feststellen lassen, ob diese Vorwürfe richtig sind, wenn es auch auffällig bleibt, daß die South West Africa Co. im Frühjahr plötzlich ihren Besitz von 35000 Stavianteilen an ein Konsortium abgestoßen hat, und daß kurz vor der Mitteilung der Verwaltung, welche von der Verwertung des Erzganges in der Tsunehgrube Kenntnis gab, Hamburger Verkäufe in den Anteilen einen starken Kursdruck ausgeübt haben. Die Erbitterung der Besitzer, welche die Anteile mit enormem Agio gekauft haben, ist begreiflich; aber andererseits weiß jeder Sachkenner, daß diese Ausnutzung besonderer Kenntnisse durch die Verwaltungen gerade bei Kolonialwerten außerordentlich häufig

ist. Wichtige Nachrichten über Geschäftsgang, Aufschlüsse, Produktion sind längst in den Händen der Verwaltung, ehe sie von anderer Seite aus der Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden können, wenn dies bei den weit entlegenen Produktionsstätten überhaupt möglich ist. Es besteht also für die Wissenden immer die Versuchung, auf Kosten der anderen in die Kursbewegung einzugreifen, Gewinne einzuheimsen oder einem Schaden zu entgehen, der dann die auf den Papieren sitzen bleibenden doppelt schwer trifft. Diese Möglichkeit vermehrt und verstärkt das in dem Erwerb derartiger Papiere liegende Risiko. Und dieses ist an sich wahrlich schon groß genug. Man sehe sich nur die Liste der Kolonialwerte an! Welcher Klagenjammer nach dem Begeisterungsrausch zur Zeit des Diamantfiebers! Deutsche Kolonialanteile wurden damals mit 2000 Prozent bewertet und finden heute zu 600 nur schwer einen Käufer. Und mit den übrigen damals so heiß begehrten Werten steht es nicht viel besser: South West Africa, South Africa Territorium, Kolmanскоп, Kaso, Otavi — an allen hat das kolonialbegeisterte Publikum riesige Summen verloren. Nicht weil die Unternehmungen schwindelhaft waren oder das Publikum irreführten, sondern weil man in blindem Eifer trotz aller Mahnungen die Entwicklungsmöglichkeit und die Gewinne maßlos überschätzte. Nunmehr kommen die Rückschläge und Verluste, die nicht nur sehr bedauerlich sind, sondern auch die unerwünschte Folge haben, das Kapital von einer Beteiligung an kolonialen Unternehmungen abzuschrecken. Es ist also gerade das Gegenteil von dem erreicht worden, was Dernburg beabsichtigte, als er es unternahm, durch Vortragsreisen das deutsche Publikum den kolonialen Interessen zu gewinnen. Ihn trifft an der Entwicklung vielleicht keine Schuld, indem er vor allzu phantasiereichen Beurteilungen gewarnt hat, aber der Optimismus ist doch schließlich seiner berühmten Dattelfiste entwachsen.

Die Entwicklung der Geldverhältnisse im Monat Oktober war recht befriedigend. Der Rückfluß zur Reichsbank war außerordentlich stark und höher als im Vorjahr. Am offenen Markt herrschte zunächst große Flüssigkeit, bis gegen Mitte des Monats die Sätze wieder anzogen. Die starken Rückzahlungen an das Ausland sind am Geldmarkt selbstverständlich nicht spurlos vorübergegangen, und diese jetzt fehlenden Beträge hätten wohl sicherlich schon früher eine fühlbarere Wirkung ausgeübt, wenn nicht Amerika uns in doppelter Weise zu Hilfe gekommen wäre. New York hat für die Bedürfnisse des Marktes und der Staatskasse zugleich gesorgt, indem es größere Guthaben, angeblich 60 bis 70 Millionen Dollars, hierher gelegt und durch Vermittlung der Handelsgesellschaft einen Posten preussischer Schatzscheine übernommen hat. Die Stagnation im amerikanischen Wirtschaftsleben bewirkt, daß New York nicht nur für die Ernte im eigenen Lande ausreichende Mittel flüssig machen kann, sondern daß es noch von seinem Überfluß nach Europa abzugeben vermag. Die Begebung von Schatzscheinen nach Amerika ist ein interessantes Ereignis; es bringt in Erinnerung, daß schon einmal, gelegentlich des Chinafeldzuges, eine Schatzanleihe en bloc nach Amerika begeben wurde. Indessen fand diese gar bald ihren Weg über den Ozean zurück, und man hat seit jener Zeit nicht wieder versucht, das New Yorker Kapital für deutsche Staatsbedürfnisse zu interessieren. Freilich hätten sich solchem Beginnen wohl auch die wirtschaftlichen Verhältnisse in Amerika hindernd in den Weg gestellt. Wenn nunmehr wiederum auf die finanzielle Hilfe Amerikas zurückgegriffen wird, so darf

man nicht übersehen, daß diese Begebung von Schatzscheinen tatsächlich nur ein Interimistikum darstellt. Denn es ist beabsichtigt, sie aus der im Frühjahr nächsten Jahres zur Emission gelangenden Anleihe einzulösen, und sie lauten daher auch bis etwa Mitte April. Immerhin kommt diese Art der Deckung der Staatsbedürfnisse dem Markt sehr gelegen, da sonst entweder er selbst die Mittel hätte aufbringen müssen oder die Reichsbank in Anspruch genommen worden wäre. Deren Bestand ist aber ohnehin mit etwa 130 Millionen groß genug.

Die hier neulich erwähnte Stellungnahme der Harpener Bergbaugesellschaft zur Erneuerung des Kohlsyndikats hat auf den Kurs der Aktien eine eigentümliche Wirkung ausgeübt: er ist sprungweise um beinahe zehn Prozent gestiegen. Allerdings wurden zur Motivierung wieder Fusionsverhandlungen mit der Rombacher Hütte und andere Kombinationen ausgesprengt, das heißt also, der Gesellschaft eine Aufgabe ihres prinzipiellen Standpunktes und die Befehung zur Hüttenzeche angedichtet. In Wirklichkeit ist davon nicht die Rede, sondern die Gesellschaft scheint in der Tat entschlossen, den Kampf für die reinen Zechen durchzuführen, weil sie mit einem Siege rechnet. Denn es liegen Anzeichen dafür vor, daß die Hüttenzechen ihren bisherigen ablehnenden Standpunkt in der Umlagefrage nicht aufrecht erhalten werden, sondern zu Konzessionen bereit sind. Mag diese Schwendung nun von einer Besorgnis vor einem eventuellen Eingriff des Staates oder bloß von dem — nicht sehr wahrscheinlichen — Wunsche nach einer Verständigung diktiert sein, jedenfalls würde ein Nachgeben der Hüttenzechen eine Verlängerung des Syndikats gewährleisten und damit den reinen Kohlenbergwerken, die unter dem gegenwärtigen Zustand die alleinigen Leidtragenden waren, erhebliche Vorteile bringen. Von diesem Gesichtspunkt aus erscheint es daher nicht so ungereimt, das Auftreten Harpens als Motiv für eine Kurssteigerung anzusehen, obwohl es dem Anschein nach geeignet ist, einer Verlängerung des Syndikats entgegenzuwirken.

In New York ist die Entscheidung, vor welcher man so lange gebangt hat und die ohne Zweifel die geheime Ursache mancher der letzten Erschütterungen des Marktes gewesen ist, ganz plötzlich und unvermutet gefallen: die Regierung hat den Steel Trust unter Anklage gesetzt und verlangt seine Auflösung. Ein solches Vorhaben war schon mehrfach angekündigt, dann aber wieder in Abrede gestellt worden. Noch jüngst hatten sich Gary, der Leiter des Trusts, und Morgan in sehr zuversichtlicher Weise über den Fortbestand des Unternehmens geäußert. Und plötzlich zeigt sich, daß die Regierung doch nicht gewillt ist, mit den Finanzmagnaten zu verhandeln, sondern daß sie den Stier bei den Hörnern packt und die neben der Standard Oil mächtigste und einflußreichste Monopolgesellschaft aufzulösen versucht. Es kann kaum zweifelhaft sein, daß sie ihren Willen durchsetzen wird, denn der Steel Trust trägt unzweideutigen Monopolcharakter. Wie aber die Auflösung einer so gigantischen Kombination, der allein dreizehn große Fabrikationskonzerne angehören, die Werte in Höhe von 1486 Millionen Dollars in Umlauf gesetzt hat, sich vollziehen soll, — ob sie überhaupt denkbar ist, darüber wird weder die Regierung noch selbst ein Eingeweihter ein Urteil haben. Man erinnert sich, daß, als im Frühjahr dieses Jahres die Auflösung des Tabaktrusts ausgesprochen wurde, man diese in New York auf die leichte Achsel nahm und sogar als Antwort eine Börsenhauße inszenierte. Jetzt aber stellt sich heraus, daß die mit der

Auflösung verbundenen Schwierigkeiten fast unlösbar sind. Um wieviel mehr muß das von dem Steel Trust gelten, der so viel verwickeltere tatsächliche und finanzielle Verhältnisse aufweist! Man kann es verstehen, wenn der Kurs der Steelaktien einen Sturz von nahezu 10 Prozent an einem Tage erlitt. Dem amerikanischen Wirtschaftsleben scheinen noch sehr ernste Prüfungen bevorzustehen. Spectator

Verantwortliche Schriftleiter: für den politischen Teil der Herausgeber George Kleinow-Schöneberg, für den literarischen Teil und die Redaktion Heinz Amelung-Friedenau. — Manuskriptsendungen und Briefe werden ausschließlich an die Adresse der Schriftleitung Berlin SW. 11, Bernburger Straße 22a/23, erbeten. — Sprechstunden der Schriftleitung: Montags 10—12 Uhr, Donnerstags 11—1 Uhr.
Verlag: Verlag der Grenzboten G. m. b. H. in Berlin SW. 11.

Stellennachweis.

(Aus der Tages- und Fachpresse.)

Anfragen zu richten unter Beifügung von Rückporto an die Geschäftsstelle der Grenzboten, Berlin SW. 11.

A. Für Akademiker.

558. **Ev. Hauslehrer**, bald, Hannover.
559. **Ev. Kandidat** (Theol. od. Phil.), Baden.
560. **Hauslehrer**, (Theol. od. Phil.), 1. November od. 1. Januar 1912, f. 3 Quartaner, Schlesen.
561. **Hauslehrer**, bald, f. 2 Kinder, Pommern.
562. **Stadtrat**, atad. techn. gebild. (5000 M.), bald, Ostpr.

564. **Pfarrer**, 1. Dez. d. J. (3600 M.), Pommern.
565. **Pfarrer**, sof. (Poln. Sprache erf.), Posen.

B. Für Damen.

563. **Erzieherin**, mus., ev., 1. 1. 12, f. 9-jähr. Mädchen, Mecklenburg.
564. **Erzieherin**, ält. gepr., mus., 1. 1. 12, Anhalt.
567. **Erzieherin**, 1. 1. 12, gepr., ev., Pommern.
568. **Erzieherin**, gepr., f. 7-jähr. Mädch., Thüringen.
569. **Erzieherin**, gepr., erf., ev. (Frz., Latein), mus., Weitz.
570. **Erzieherin**, ev., gepr., 1. 1. 11 (Frz. St. erw.), Pommern.
571. **Erzieherin**, erf., gepr., ält., f. 15-jähr. Mädchen, Meckl.

Höchste Auszeichnungen.

Gegründet 1824.

C. PRÄCHTEL

HOFMÖBELFABRIK

BERLIN SW. 19, Krausen-Strasse 31-32

Wohnungs-Einrichtungen
Atelier für Innendekoration

Fernsprecher:

Amt I, 1035, 2619.